

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M  
eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bürostellen-Anzeigen die  
3 gespaltene Kolonel-Zeile  
50,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Wir wollen keine Unorganisierten mehr!

Die folgende, auch in Deutschland zeitgemäße Betrachtung entnehmen wir der „Schweizer Metallarbeiterzeitung“:

„Dem eifrigsten, überzeugtsten und treuen Gewerkschaftler drängt sich immer wieder die Frage auf: Warum bleibt die große Masse der Arbeiterschaft der Gewerkschaft fern? Einiges Überflüssiges oder gar ein multivilliger Luxus sind die Gewerkschaften nicht, sonst würden ihnen nicht vor dem Kriege in allen fünf Erdeiteilen 10 Millionen Arbeiter als Mitglieder angehört haben. Ohne weiteres darf auch gesagt werden, daß es nicht etwa geistig und beruflich minderwertige Arbeiter sind, die den Gewerkschaften angehören und auf der andern Seite die „Blüte der Arbeiterschaft“ die Arme der Unorganisierten bildet.“

Es ist heute auch keine offene und grauherrliche Frage mehr, ob die Gewerkschaft notwendig und nützlich ist. Die Tatsache der Existenz von Tausenden von Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern, die auch jetzt noch da sind. Die Gewerkschaft ist auch nicht nur für die Arbeiter der einen oder der andern Industrie, nicht für die männlichen Proletarier oder bloß für die Erwachsenen und auch nicht nur für die deutschen und französischen Arbeiter, sondern die Gewerkschaft ist für die gesamte Arbeiterschaft ohne jeden Unterschied notwendig und nützlich.

Warum ist also die große Masse der Arbeiter nicht in den Gewerkschaften? Aus Scham vor der Gewerkschaft! Diese Scham hat in der großen Zahl der Fälle gewiß ihre verschiedenen Ursachen, aber sie ist immer vorhanden. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen scheuen sich, in eine Versammlung zu gehen; ein Teil von ihnen hat sogar eine starke Abneigung gegen den Besuch einer Versammlung. Es handelt sich dabei um Unverständ, um Unreife und soziale Einsichtslosigkeit, die die Versammlungs- und Gewerkschaftsscham verursachen.

In andern Fällen ist sie verursacht von der Sorge um die Erhaltung der Existenz, die manche Arbeiter gefährdet glauben, wenn sie in die Versammlung und in die Gewerkschaft gehen, weil der „Arbeitgeber“ beides nicht gern sieht. Erfolgt auch nicht gleich die Entlassung als Maßregelung, so vielleicht „Strafe“ in Form von Schikanen mit schlechter Arbeit, geringem Aufwand verdient, schlechter Behandlung usw. Der gleiche „Arbeitgeber“ ist aber Mitglied seiner Unternehmensorganisation und besucht deren Versammlungen, was auch seine organisierten und unorganisierten Arbeiter wissen. Und indem der „Herr“ organisiert ist, gleichzeitig aber die Gewerkschaft nicht gern sieht, bewirkt er selbst demonstrativ, wie sehr er den hohen Wert der Organisation für sich, die große Bedeutung und wertvolle Nützlichkeit der Gewerkschaft für die Arbeiter zu schätzen weiß. Nebrigens ist die Zahl der Unternehmer, die ihren Arbeitern etwa den Beitritt zur Gewerkschaft verbieten oder sie deswegen schikanieren und maßregeln, immer kleiner geworden. Nur noch die sozial rückständigsten Träger und Vertreter eines überlebten unehrbaren gewordenen Fabrikadelsismus stehen so tief und vergewaltigen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Dieser kapitalistische Despotismus und Terrorismus kann aber nicht dadurch beseitigt werden, daß man sich ihm willenslos und widerstandslos fügt, sondern, daß sich die Arbeiter dagegen manhaft anlehnen und ihn überwinden.

Bei manchen Arbeitern ist ein völliger Mangel an Mut vorhanden, sie sind nicht selbständig und haben keine Selbstbestimmung. Sie sind Knechtseulen, Industrieknebeln statt Industriebürger, und sie unterwerfen sich unbewußt und stillschweigend dem selbstwilligen Willkür des bekannten Regenten der Hölle von Henle: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“ Alle ihre Empfindungen vereinigen sich in der Scham vor der Gewerkschaft.

Manche von den Gewerkschaftsschamen bangen davor, daß in der Gewerkschaftsversammlung an ihrem „Arbeitgeber“ Kritik geübt, daß Forderungen aufgestellt werden, daß es zu Lohnbewegungen, zu Streiks und Ausperrungen kommen könnte und sie dann dabei gewesen wären, dafür also mitverantwortlich gemacht würden. Sie wollen aber bei der Herrschaft lieb Kind sein, „besser“ als die andern, die in die Gewerkschaft und die Versammlungen gehen, und sie verneinen dabei auch, vorteilhafter wegzutkommen, indem sie der Herr mit schönerer und leichterer und besser bezahlter Arbeit begünstigt und ihnen vielleicht dann und wann auch eine „Wohlfahrt“ in irgendeiner Form zukommen läßt. Es ist das zwar eine nach jeder Seite hin erbärmliche Rolle, die die Gewerkschaftsschamen spielen; aber sie sind sich deren entweder nicht bewußt oder aber moralisch und sozial so abgestumpft, daß sie sich ohne Bedenken darüber hinwegsetzen. „A böh!“

Die Hauptursache der Gewerkschaftsschamen ist das Beitragszahlen. Wenn die Unorganisierten alle Mitglieder der Gewerkschaften ohne Pflichten, also auch ohne Beitragszahlung, aber mit allen Rechten sein könnten, dann würden sie kommen trotz des Knechtstums und der Speichelkerei vor dem Herrn, trotz aller Feigheit und moralischen Verlumpung, an der manche Unorganisierte leiden.

Viele gewerkschaftlich Unorganisierte sind Mitglieder in andern Vereinen, Sport- und Vergnügungsvereinen, in denen sie aber auch Beiträge zahlen und für Veranstaltungen Geld ausgeben müssen, mit dem sie leicht ihre Gewerkschaftsbeiträge bezahlen könnten. Aber für diese haben sie kein Geld übrig, worin wieder die Gewerkschaftsschame offenbart.

So groß die Gewerkschaftsschame der Unorganisierten ist, vor den Gewerkschaften der gleichen Gewerkschaften haben sie keine

Scham. Da sind sie keine Individualisten, im Gegenteil! Da sind sie nicht mehr mit dem Herrn solidarisch, sondern mit den Arbeitern, und selbst der Streitbrecher will Anteil haben an den gewerkschaftlichen Errungenschaften, die er erst durch seinen unsolidarischen Streitkrieg zu verhindern bemüht war!

Ach, die Unorganisierten sind im stillen mit der Wirklichkeit der Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse immer einverstanden; nur direkt wollen sie damit nichts zu tun haben, um sich nicht vor dem „Arbeitgeber“ zu kompromittieren und nicht um den „guten Ruf“ eines braven und zufriedenen Arbeiters zu kommen, der „nicht so ist“ wie die andern, die bösen Gewerkschafter, die mit ihrer ewigen Unzufriedenheit und Begehrlichkeit dem Herrn das Leben sauer machen und die großen Profite unmöglich kleiner. Es gibt aber auch Unorganisierte, die von bekannten organisierten Nebenarbeitern offen das Vorgehen der Gewerkschaft für Lohnherhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung von Missständen aller Art fordern und die wie Mohrspatzen auf die Gewerkschaft schimpfen, wenn sie den Wunsch nicht erfüllt. „Wo zu nützt uns die Gewerkschaft, wenn sie nicht hilft?“ sagen die Unorganisierten, die die notwendige und wertvolle Hilfe von den andern haben wollen, die in der Gewerkschaft sind und ihre Pflichten erfüllen.

Mit diesen unsolidarischen Arbeiterelementen hat sich vor 53 Jahren schon der große deutsche sozialdemokratische Arbeiteragitator Ferdinand Lassalle beschäftigt, und er rief ihnen zu:

„Woher kommt es denn aber, daß ihr unsre Ideen teilt, unsre Ansichten und Bestrebungen mit euren Sympathien begleitet, daß ihr noch nicht eingeschneite Mitglieder seid? O, ich kenne den albekannten Grund dieser Errscheinung wohl! Man klappt Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andre mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernnen will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernnen, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit Beifall begleitet, euch ermahne ich zur Scham!“

Diese kraftvollen und entrüsteten Worte sind in der politischen Agitation gesprochen worden, sie gelten aber auch für die gewerkschaftliche Agitation, und sie sind noch immer so zutreffend, als ob sie erst heute gemünzt worden wären. Sie sind ein scharfer, anklagender und verurteilender Spiegel für die Unorganisierten, für alle Schmarotzer, die aber aus ihrem Sumpfe durch die Gewerkschaft befreit werden müssen.

Wir kennen die Gewerkschaftsschame, die man als bösertiges Gefühl am Körper der gesamten Arbeiterschaft bezeichnen könnte. Wie gegen solche Gefühle der Arzt mit seinem operativen Eingriff kommt, so muß der Gewerkschafter gegen die Gewerkschaftsschame der Unorganisierten erst mit der angenehmen Medizin der freundlichsten Ueberredung und Ueberzeugung kommen, und, wenn diese nicht hilft, mit den verfügbaren stärkeren Mitteln, um das Uebel zu beseitigen.

Alle Gewerkschafter müssen auf der ganzen Linie in der Parole einig sein und danach handeln:

Wie wollen keine Unorganisierten mehr!

### Ein Bekehrter.

Rechtsanwalt Hugo Heinemann verbreitet durch die I. K. einen Aufsatz, in dem er sich leidlich Recht machen auf dem Gebiet des Koalitionsrechts fordert. Insbesondere verlangt er die Aushebung des § 153 der Gewerbeordnung, den man so oft, und mit Recht, den Galgen des Koalitionsrechts genannt hat. Heinemann führt dazu aus:

„Mit der beginnenden Reichstagssession soll auch der Verfassungsausschuß jene bewährte Tätigkeit wieder aufnehmen. Er hat bisher rein doktrinäre, unfruchtbare Arbeit geleistet. Die von ihm vorgeschlagenen, außerlich sich als Eingriffe in die Kommando- und darstellenden Spielseiten betreffend lediglich die Formen des Verfassungsbetriebs, in denen der alte Liberalismus von jenseits des Heils der Welt erblühte. Die einzige praktische Bedeutung dieser Vorschläge besteht darin, daß sie den Reaktionären bequeme Schlafmorde zur Gezege gegen die Reichstagssicherheit liefert, während sie in Wahrheit alles beim alten lassen. Nachdem ferner die Wahlrechtsfrage durch die kaiserliche Entscheidung für Preußen der Lösung entgegengesetzt ist, liegt dem Verfassungsausschuß nur ein einziger praktischer Antrag vor, die Aushebung des § 153 der Gewerbeordnung. Ob dieser Antrag vom Verfassungsausschuß angenommen werden oder ob man ihn unter dem bequemen Vorwand von Kompetenzüberschreitungen begraben wird, steht dahin. Aber selbst wenn der Verfassungsausschuß sich zustimmend äußern sollte, so ist dies praktisch gleichgültig. Denn die Vorschläge des Verfassungsausschusses sind mit so viel unnützem Ballast beladen, daß jeder sofortige gesetzliche Niederschlag dieser Anträge ausgeschlossen ist.“

„Mit akademischen Erörterungen aber ist der deutsche Arbeiterschaft nicht gedient. Sie verlangt von ihrer politischen Vertretung positive Arbeit.“

An diese Ausführungen knüpft Heinemann lebhafte Vorwürfe gegen die sozialdemokratische Reichstagssfraction und gegen den „Vorwärts“. Der Fraktion wies er vor, sie habe „au-

sozialpolitischem Gebiete, also da, wo die Lebensinteressen des Volkes auf dem Spiele stehen, ... in der letzten Zeit ver sagt.“ Der „Vorwärts“ aber horche auf Ratschläge aus dem Ausland und rühme sich der Kanzlerfürzerei. Von diesem Vorwurf findet Heinemann dann einen bequemen Übergang zu folgenden Betrachtungen Bethmann-Hollwegscher Politik:

„Treffsicher hatte Herr von Bethmann-Hollweg da eingesehen, wo zunächst die bessende Hand angelegt werden müsste, bei dem Reichsvereinsgesetz indem er den Gewerkschaften die Betätigungs möglichkeit ... gerte gegenüber einer widerstreitenden, lebensfremden, aller organisierten Selbsthilfe feindlich und dem modernen sozialen Leben hilflos gegenüberstehenden Rechtsprechung. Treffsicher war es, daß Herr von Bethmann hierbei stehen blieb und sich darauf beschränkte, nur das gesetzlich neu zu regeln, was eine unverändige Rechtsprechung durch juristische Auslegungs- und begriffliche Seitenturkunfts wider den Willen des Gesetzgebers in das Recht hineingetragen hatte. Den Mut, das veraltete Gesetz selbst trotz Sträubens der Schwerindustrie abzuändern und die Konsequenz daraus zu ziehen, daß es in gewerblichen Großbetrieben heute keinen individuellen Arbeitsvertrag mehr gibt, daß die wirklich vertragsschließende Kraft vielmehr die Organisation ist, hatte er nicht.“

Dieser, im allgemeinen richtigen Bedeutung der Bauderpolitik des verlorenen Kanzlers fügt Heinemann die folgende energische Mahnung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an:

„Hier muß die sozialdemokratische Fraktion einsehen. Sie darf nicht länger zögern, — das muß ihr vor Toreschluss noch einmal mit aller Schärfe gesagt werden — noch in dieser Reichstagssession Regierung und Mehrheitsparteien dazu zwingen, Stellung zu der Frage zu nehmen, ob man auf sozialem Gebiete die elementarsten Forderungen der Gleichheit und Gerechtigkeit zugunsten des Proletariats erfüllen will. Dabei vermeide man es, etwa das Gesamtproblem des Arbeitsrechts aufzurollen, um dem beliebten Einwand zu entgehen, daß hier große systematische Arbeit zu leisten sei, die um so glich während des Donnerstagabends eben nicht erfüllt werden können. Die zwei wesentlichsten Fragen sind spruchreif: die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und die Umgestaltung des Expressionsparagraphen.“

Heinemann verweist dann kurz auf die Beeinträchtigung der heute so notwendigen gewerkschaftlichen Rechte durch die angegriffenen Gesetzesbestimmungen sowie durch die darauf gestützte Rechtsprechung und mahnt dann noch einmal:

„Sicht man jetzt endlich — wahrlich spät genug — die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ein und erkennst man die Kräftigung der gewerkschaftlichen Autorität als nationale Notwendigkeit an, wozu im Hilfsdienstgesetz der erste Schritt getan ist, dann kann man unsre den entgegengebrachten Gedanken zum Ausdruck bringende Gesetzgebung nicht einen Tag länger bestehen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion muß unverzüglich Regierung und Reichstag zwingen, Farbe zu bekennen.“

Der Mahnruf Heinemanns ist gewiß berechtigt. Es wird ohne Frage hohe Zeit, daß die Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften fallen, daß insbesondere der Paragraph 153 der Gewerbeordnung beseitigt und die Möglichkeit, gewerkschaftlich notwendige Auflösungs- und Werbearbeit als Expression zu bestrafen, aufgehoben wird. Auch darin stimmen wir Heinemann durchaus zu, daß so bitter notwendige Reformen nicht aufgeschoben werden dürfen bis nach Kriegsende.

Doch, wie ist uns denn? War es nicht gerade Heinemann, der vor noch nicht allzu langer Zeit entschieden gegen eine Reform des Koalitionsrechts noch während des Krieges Stellung nahm? War es nicht eben Heinemann, der in geradezu unverständlicher Weise nicht nur der Reform selbst entgegen war, sondern sich diejenigen, die, im Gegenzug zu seiner Meinung, die sofortige Angriffsnahme forderten, aufs heftigste befehdete? Es ist notwendig, hier an einen Aufsatz zu erinnern, den Heinemann im 7. Heft der „Soz. Monatshefte“ von 1915 veröffentlichte. Er übertrug ihn bezeichnenderweise „Phrasen“ und er richtete ihn gegen eine Erklärung der preuß. Landtagsfraktion, in der die Einstellung des Polizeikampfes gegen die Gewerkschaften von der Regierung gefordert wurde. Heinemann hielt diese Forderung für verfehlt, weil ein solcher Polizeikampf nicht mehr bestehen. Die Regierung habe ihn entschieden eingestellt. Dem Abg. Hirsh, der in einem gegen Heinemanns Aussicht gerichteten Artikel betonte, die Regierung habe zwar „den kleinen militärischen Polizeikampf“ eingestellt, jedoch stände „die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft vorläufig noch immer auf diesem Gebiete auf dem Papier“, warf Heinemann vor, eine solche Behauptung sei „in hohem Maße geeignet, verbitternd auf die Arbeiterschaft zu wirken und damit die Basisfestigung des deutschen Sieges, die Einigkeit unseres Volkes zu gefährden“. Eine Prüfung der Behauptung ergäbe, daß sie „lediglich eine Phrase“ sei, die „die Arbeiterschaft um die Früchte des wohlwolligen Verhaltens der Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen betrügen könnte.“

Nach dieser nicht gerade freudlichen Einleitung begann Heinemann mit dem Nachweis für seine Bewertung der Forderung nach einer Sicherung des Koalitionsrechts noch während des

Krieges. Er führte zunächst aus, daß der § 153 zwar ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter sei, daß jedoch mit der Beseitigung dieses Paragraphen „keineswegs die Ausübung des Revolutionsrechts gewährleistet“ sei. Viel wichtiger sei der Erpressungssparagraph des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er kommt dann aber nicht etwa zu der naheliegenden Forderung, daß eben dann auch dieser fallen oder geändert werden müsse, sondern er zog folgenden Schluß:

"Wenn man alle diese Fragen rein sachlich ohne demagogischen Nebenzweck einer Prüfung unterzieht, so muß man im Gegensatz zu Hirsch zu dem Ergebnis kommen, daß eine Neuregelung des Koalitionsrechts auf freiheitlicher, alle Ungleichheiten beseitigender Grundlage wünschenswert und des Krieges unmöglich ist. Zu einem solchen Unternehmen könnte sich nur eine Regierung bereitfinden, die gewissenlos gegenug wäre, ihrerseits den Wirtschaften durch Auflösung von Fragen zu schaden, die sofort unter den Parteien die schwersten Gegensätze und Interessenkonflikte hervorrufen würde."

Heinemann hieß also die Neuregelung des Koalitionsrechts während des Krieges für unmöglich. Als Grund für diese Unmöglichkeit hatte er nichts anzuführen als seine Angst um den Burgfrieden. So besorgt war er um dessen Fortbestehen, daß er die Regierung gewissenlos nannte, die ihn durch einen Versuch, das Koalitionsrecht freiheitlich zu gestalten, gefährden würde. Burgfriedenskommer kann man kaum sein.

In dem oben wiedergegebenen Auszug wendet Heinmann sich nur gegen „eine Neuregelung des Koalitionsrechts auf freiheitlicher, alle Ungleichheiten beseitigender Grundlage“ als während des Krieges unmöglich. Damit begnügte er sich jedoch nicht. Er war auch gegen alle Fliderei. Man würde nur „die wirkliche Tat positiver Sozialpolitik vereiteln“, wenn „man jetzt Stückwerk schüfe, aus der durchaus ein zusammenhängendes Ganze bildenden Kette von Fragen einzelne, die zu populären Schlagworten geworden sind, herausrißt und mit ihnen gesetzgeberisch experimentierte.“ Das Koalitionsrecht dürfe nicht „zu agitatorischen Zwecken herabgewürdigt“ werden, wer es wirklich ausgestalten wolle, der könne „keine überstürzte Arbeit während des Donnerns der Kanonen wünschen“. „Einzelne Abschläge sind, die jetzt geleistet würden, könnten nur die Wirkung haben, daß die Arbeiterschaft damit als abgespeist angesehen würde, ohne daß doch die von allen freiheitlich genannten Elementen herbeigewünschte wirksame Regelung erfolgen würde.“

So Heinemann 1915. Inzwischen ist aus dem Saulus ein Paulus geworden. Zwar will Heinemann es auch jetzt noch vermeiden, „das Gesamtproblem des Arbeiterrights“ — was natürlich viel mehr ist, als das Koalitionsrecht! — aufzurollen, aber nicht, weil er die Erledigung für unmöglich hält, sondern nur um „dem kleinen Einwohner“ zu entgehen, daß diese Arbeit „unmöglich während des Donners der Kanonen bewältigt werden könne“. Dabei verschweigt er in falscher Bescheidenheit, daß just er selbst diesen beliebten Einwand fast wörtlich erhoben hat. Mit aller Entschiedenheit will er jetzt den § 153 und den Expressionsparagraphen beseitigt wissen. So sehr liegt ihm das am Herzen, daß er ganz vergibt, wie sehr er einst selbst gegen solche Flüchtarbeit Einspruch erhoben, wie arg er Leute geschnäht hat, die da meinten, man müsse die durch den Krieg geschaffene Lage ausnützen, um endlich das Unrecht, unter dem die Arbeiterklasse jahrelang gesitten hat, zu beseitigen, mindestens aber nach Möglichkeit zu mildern. Was damals agitatorische Phrasen, demagogische Redensarten waren, sind heute Notwendigkeiten des Tages geworden.

Warum führen wir das heute an? Warum stellen wir den Heinemann von heute dem Heinemann von 1915 gegenüber? Gewiß nicht aus Neidhaberei, nicht um zu zeigen, daß wir mit unserem damaligen Einspruch gegen Heinemanns Bremspolitik recht behalten haben. Auch nicht um an einem Beispiel darzulegen, wie leicht in der Kriegszeit Leute aus einem Extrem ins Andere fallen. Das wäre zwar ganz lehrreich und auch nicht unnötig, liegt uns jedoch in diesem Zusammenhange durchaus fern. Unsre Gegenüberstellung hat lediglich den Zweck, zu zeigen, daß unter dem Einfluß und Eindruck des Weltkrieges vielfach eine unerwartete Weichheit eingetreten ist, was tatsächlich mit flüchtiger Stimmungswandlung war. Es ist, besonders in den ersten Kriegsmonaten, angewesen viel als neue Erkenntnis auf den Markt gebracht, was sich später als halblöser Wahns erwiesen hat. Heinemann war wissentlich keine Ausnahme, sondern nur Vertreter einer Gattung von Menschen, denen das Herz mit dem Verstande, das Gefühl mit der Überzeugung durchging, die sich aber jetzt wieder in die Weichheit zurückfinden.

Das wäre natürlich die rein persönliche Angelegenheit der Betriebsen, wenn nicht i. h. r. Beibehalten der Arbeitgeber in ihr einen erheblichen Schaden bringen könnte und tatsächlich gebraucht hätte. Es ist unsere Meinung nicht zweifelhaft, daß gerade die von Heinemann vor zwei Jahren vertretenen, von vielen anderen gezeigte Ausföhrung einen wirtschaftlich freiheitlichen Ausbau des Koalitionsrechts verhindert hat. Damals war die Stimmung so, daß dem ehrlichen, ehrlichen Streben der Arbeitgebervertreter nach einer wirtschaftlichen Reform des Arbeitsrechts nur ein verhältnismäßig leicht zu überwindender Widerstand entgegengestellt werden wäre. Damals hätte die Beleidigung des § 153 sowohl wie eine Veränderung des Entziehungspatenten erreicht werden können, wenn nicht — Leute wie Heinemann der Meinung wären, daß den Unternehmen die Abwehr solcher Forderungen erleichtert und ihre einschlägige Erreichung verhindert hätten.

Hatte für die Stützung im Reichstage wie im Lande eine andre. Der von Heinemann so ehrlich geführte Bürgschaft ist auch ohne die Gewissensqualen einer für eine Reise zu des Arbeiterschaft nach eingeschobener Regierung zum Tempel gegangen, die Schwarzmeier letzten Morgenläng und gewöhnlichen Tag um Tag an Wohl und Glück. Gewaltige militärische Kämpfe fehlen für die Zeit auf dem Felde in Westfalen, die Regierung zeigt keine Neigung, der Arbeiterschaft den Boden für den Austrag dieser Kämpfe zu geben, die Bürgerkriege wölfern sich, unentzündig aber jeder, eine Amerikanerherrschaft nach vorne. Die Sowjet-

Siebt fordert auch Hennebach den Ausbau des Sozialrechts. Siebt will er nicht mehr Bremer, sondern Treiber sein. Siebt fühlt er fort mit ebenso großem Eifer, wenn auch mit weniger scharfen Waffen auf die letzte Meinung nach, unläufige Weisheits- und Tatfahrt wie früher auf die, treiber seiner Meinung nach, überzeugte Landtagsfraktion. Es kommt nicht bei beiderseiten Beleidigung, daß, wie im Himmel, so auch bei uns viel Grinde ist.

über den bekehrten Sünder. Aber diese Freude darf uns nicht hindern, gerade an diesem besonders deutlichen Beispiel zu zeigen, wie bedenkslich, ja gefährlich, es ist, wenn Wohlthätigkeit der Arbeiterschaft ihre politischen Maßnahmen nicht mehr auf die in Jahrzehnten erprobene, nach überreiche Erfahrung reichende Erkenntnis, sondern auf den plötzlich angeschwemmten Flugsand flüchtiger Stimmungen und Gefühle gründen wollen. Der Klassenkampf ist eben doch eine viel handfestere Wirklichkeit als der Burgfriede.

Kriege der jahrelange Nutzen der Arbeiterschaft auf Einführung der Arbeitslosenversicherung auf staatlicher und kommunaler Grundlage von G. gesehen wird, bleibt dahingestellt, sollte man aber in den maßgebenden Fällen der sicher nach dem Kriege neu einzegenden Forderung der Arbeiterschaft doch nachgeben, so wird sicher erst die Übergangszeit dabei verstreichen. Je nach dem Ausgang, ob die Arbeitslosenversicherung kommt oder nicht, werden die Gewerkschaften ihre Unterstützungsseinrichtung verschieben müssen. Kommt die Arbeitslosenversicherung nicht, so wird jeder zugeben müssen, daß es unbedingt erforderlich ist, die Arbeitslosen-Unterstützung zu erhöhen, speziell in dem Zeitabschnitt, wo die Haftstrafe des Geldes enorm gesunken ist. Wie die Vorsorge, die finanzielle Rüstung aussässt, das, Kollegen, hängt von euch daheim ab. Für etwa sich wieder zeigende Notwendigkeit würde ich die Kollegen und Kolleginnen bitten, sich mit einer zeitweiligen Aushebung der Krankenunterstützung zugunsten der Arbeitslosenunterstützung willig abzusindern.

M. Kriesten, 3. St. Osten.

# Brauchen wir eine Beitragserhöhung?

Nach den Abrechnungen, welche der Vorstand über Kassenbestand und Mitgliederzahl gab, ist die Lage des Verbandes meiner Ansicht nach nicht so schlecht, daß sich schon wieder eine Beitragserhöhung rechtfertigen läßt. Der Kassenbestand ist befriedigend. Ich will nicht bestreiten, daß eine Erhöhung der Beiträge nützlich wäre; im Gegenteil, je mehr Einnahmen, desto leistungsfähiger ist der Verband für die Mitglieder ohne Zweifel. Doch betrachten wir die Sache mal von einer andern Seite! Einem jeden Kollegen ist wohl noch der Kampf um die letzte Beitragserhöhung in Erinnerung. Jetzt im Kriege mit einer Erhöhung der Beiträge kommen, will überlegt sein; denn die Mehrzahl der im Felde stehenden Kollegen kann ihre Meinung dazu nicht sagen, erfährt davon wenig oder überhaupt nichts und kann nicht durch Wahl von Vertrauensmännern ihre event. Zustimmung geben. Mit der Erhöhung der Beiträge sollte man schon aus diesem Grunde bis nach dem Kriege warten, bis alles wieder im alten Geleise ist.

Ich persönlich wäre schon mit einer Beitragserhöhung, wie sie der Kollege Schreiber in Nr. 36 des „Proletariers“ vorschlägt, einverstanden. Ebenso mit der Regelung der Unterstützung; hauptsächlich bedeutende Erhöhung der Streikunterstützung. Aber auf keinen Fall ohne Befragen der Mehrzahl der Kollegen.

Mit dem Wiedereintritt unsrer im Felde stehenden Kollegen  
lebt sich auch der Kassenbestand. Warum gleich so erschreckt sein,  
wenn er etwas geringer ist als bei Kriegsausbruch! Der Kassen-  
bestand allein tut es nicht. Der Idealismus ist es, der uns fehlt.  
Den vermisste ich bei vielen Kollegen; sonst hätten wir nicht jedes-  
mal so schwer zu kämpfen brauchen wegen Erhöhung der Beiträge.  
Auch wollen wir nicht vergessen, daß es erst darauf ankommt, alle  
angezogenen Mitglieder wieder in unsre Reihen zu bekommen.  
Das wird schwer fallen, sollten die Beiträge erhöht werden.  
Sollen wir tausenden Kollegen die Ausrede geben, daß sie nicht  
mehr einreten wegen Beitragserhöhung, worüber sie gar nicht  
gefragt sind?

Es steht jedem Kollegen frei, den erhöhten Beitrag zu zahlen, ist erhöhten Unterstützungssoßen. Wie viele Kollegen haben davon Gebrauch gemacht vor dem Kriege? Sobiel ich weiß, nicht mal der vierte Teil. Dardus erzieht man, daß die Kollegen nicht für hohe Beiträge schwärmen. Schön ist das gerade nicht zu nennen, aber auch dies sollte man bedenken, wenn man eine Erhöhung der Beiträge fordert. Am besten ist es, wir warten mit der Beitrags erhöhung bis nach Kriegsende. Auch der Verbundstag hat so lange Zeit; dann kann der die Erhöhung beschließen. Doch will man's eher wäre es, wenn eine Abstimmung über Erhöhung der Beiträge stattfindet, gleich nachdem die Kollegen wieder alle in der Einheit sind. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern.

Alfred Stehr, Bamberg, 3. 3. im Gefde.

Unre finanzielle bilden schon oft den Gesprächsstoff im Kollegenkreise. Am Schlusse derartiger Unterhaltungen kann man zum Ausdruck bringen, daß der größte Teil des Proletariats bereit ist, wenn es noch förmlich herausfordert ist von der Freude des Friedens, befreit von dem frohen Gedanken, endlich wieder dem Tagewerk nachzugehen zu können, aufgeschreckt und durch die alte Frau Sorge. — Auf die Kritik, durch welche die BelehrerInnen aufs neue in Acht gerufen wird (sie sind erst im „Prolet.“ Nr. 23, vom Kolleg. Schneider eingehend besprochen worden), brauche ich nicht näher einzugehen. Es kann aber nicht jedem, nahe Kollegen und Kolleginnen recht sein an die unausbleiblichen Beitragserhöhungen zu erinnern und dabei auch an unsere finanzielle Stützung zu denken. Um diese Rüstung vorzubringen, muß die Organisatorie Arbeiterschaft (aller freien Gewerke) an ihren leider etwas lauen Vorstellungskreis erinnern werden. Schon Friedenszeiten, wenn es galt, durch irgendwelche Umstände die Volksabgabe um ein geringes zu erhöhen, waren öfters ziemlich aufreibende Debatten um. Ich glaube jedoch, von den Kollegen und Kolleginnen annehmen können, daß ja, wenn jetzt auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die Beitragserhöhung einzutragen zu lassen, um Krieg anzusammeln für ankommende ausgewählte Kollegen, diese Notwendigkeit anerkannt werden. Zur Zeit ein Verbandsbesluß eine Erhöhung der Beiträge nicht vorzunehmen lässt, je wünschend die Kollegen und Kolleginnen zu der Beitragserhöhung Freude genommen haben, das Verfahren, wie es soll, mußte früher im „Prolet.“ (Nr. 37) vorschlag, zur Kenntnis. Auch sein möglich, daß die Väter der größten Bevölkerung nur mit beträchtlichen finanziellen Mitteln sind, in ihrer Zeit heutigen Verhältnissen sehr schwierig. Diese Väteren sind am besten in der Lage, über die Höhe notwendig werdenden Beitragserhöhung sowie über die Leistungen des Verbands nach derselben Varietäten zu urtheilen.

Kollegen und Kolleginnen! Es handelt sich nur wenig darum, über jüngste Gewerkschaften führt werdenende Übergangszeit einzugehen. Hat einmal der Friede seinen Zugang gehabt, wird auch Unterhaltungsfrage (speziell die der Arbeitslosen) des Verbandes neu genommen werden. Außerdem kann es nicht ohne Zauder abgehen, daß den drei Kriegsjahren von Seiten des Verbandes nach Möglichkeit nichts feste mehr ausgesetzt werden soll. Hier ich hoffe, daß es innerhalb von zwei Jahren möglich ist. Es liegt mir daran, daß meine Kollegen und Kolleginnen die einschließen möchten, daß ein neuer Tag eröffnet, damit es möglich ist, daß den aus dem Felde kommenden und unbeschäftigen Kollegen die erste Not hintergriffen. Nur so werden die Kollegen mit viel besserer Freude und Eifer aufs neue den Kampf zur Erneuerung ihrer sozialen und Arbeitsbedingungen aufnehmen, zum Wohl der Allgemeinheit, zum Wohl der Organisation. Zum Abschluß hierzu will ich einige persönliche Ansprüche über die Untersuchungsergebnisse kurz hinschall der Gewerkschaften auspreisen. Besonders war ich immer der Ansicht, Gewerkschaften nicht als Untersuchungssubjekte anzusehen, aber leider wußten die Verbände in dem letzten Jahrzehnt nicht machen. Das Kapital ist und allein nur für Wirtschaftskämpfe auszugeben. Wirtschaftlichen bestehenden Untersuchungszweige nicht ausgebaut und erweitert werden. Stets an diesem System waren die Gewerkschaften interessierten, in denen sich die Arbeiterschaft befand, und die eben auf diesem Wege zur Selbsthilfe greifen mußte. Auch wir haben eigentlich für unsere gewerblichen Betriebe im Arbeitgeberverband einen außer wichtigsten Untersuchungszwecken. Ich bin eigentlich immer gegen die Durchführung neuer Untersuchungen gewesen. Meine Ansicht ging dahin, daß Untersuchungen bei Strafe, Auspeilung, Razzieziehung und fortwährender Arbeitslosigkeit nicht werden soll. So viel Übers zum Beispiel bei Kranken-Kontrollierung ist klar, so kann ich diese doch aus dem Untersuchungsbereich verminnen. Den meisten Kollegen erhält der Erkrankte ein, wenn auch geringes, Abendgeld als Entschädigung für Schicksal, das Arbeitslose erhielt es. — Die Höhe des Krankengelds rückt ich nach dem jüngsten Bericht des Erkrankten. Die Höhe der Arbeitslosenkontrolle bleibt die. Ein Kranker wird in den meisten Fällen in seiner Bekanntschaft leben, während der Arbeitslose gebürgt ist täglich auf einer Seite zu, bis eine neue Arbeitsstelle gefunden ist. Die Stufe nach Arbeit ist sehr schwer zu erreichen, und ich glaube nicht, daß kein Arbeitsloser, ob sich dieser Später dann noch ein Rentenstetzes für seine Familie übrig hat von der angestrebten Arbeitslosenkontrolle trennt. Ich rücke dem

# Aus der Industrie

Papier-Industrie \*\*\*

## Die durchgehende Arbeitszeit.

Die Frage der durchgehenden Arbeitszeit ist während der Kriegszeit besonders dringlich geworden. Der Mangel an Kohlen, Schmierölen und sonstigen Materialien hat auch Unternehmer zu Befürwortern dieser Arbeitsweise gemacht, die sich früher dafür nicht begeistern konnten. In Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit, wie Papier- und Zellstofffabriken, Bergwerke, Hüttenwerke, chemische Fabriken usw., ist die durchgehende Arbeitszeit eine alte Einrichtung. Die Eigenart dieser Betriebe lässt das Einschichtenssystem überhaupt nicht oder doch nur unter sehr erschwerten Verhältnissen zu. Trotzdem werden die Arbeiter die Einstellung des Mehrschichtensystems in allen jenen Betrieben fordern, wo das Einschichtensystem technisch möglich ist.

In beiden Schichtsystemen ist die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit sehr wohl möglich und auch mit den Interessen der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen, wenn mit der Einführung dieser Arbeitsweise eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit vor sich geht und der Arbeiterschaft Gelegenheit zur ungestörten Einnahme ihrer Mahlzeiten gegeben wird. Auf keinen Fall darf die tägliche Gesamtarbeitszeit, einschließlich der Pausen, über 8 Stunden hinausgehen. In Betrieben mit besonders gesundheitsschädlicher Wirkung für die Beschäftigten wird noch eine weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gefordert werden müssen.

Durch die noch heute in den Betrieben der Papier- und Zellstoffindustrie bestehende durchgehende 12stündige tägliche Arbeitszeit, zu der in der Zellstoffindustrie nach die 24stündige Wechselrhythmus tritt, werden die geistigen und körperlichen Kräfte der Arbeiter frühzeitig zermürbt und der Boden für die verschiedensten Berufskrankheiten geschaffen. Der Kampf der interessierten Arbeiter gegen dieses Arbeitsjahr richtet sich deshalb auch weniger gegen die durchgehende Arbeitszeit als solche, als vielmehr gegen die tägliche Ausdehnung derselben. Zweifellos setzt die durchgehende Arbeitsweise bei höchstens 8stündiger Arbeitsdauer für die Arbeiter manche Vorteile. Durch die gewonnene Zeit sind die Arbeiter besser in der Lage, ihren Gesundheitszustand in freier Luft kräftigen und ihren Wissensdrang befriedigen zu können. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob die in vielen Freunden der durchgehenden Arbeitszeit so stark in den Vordergrund geschobene Gartenarbeit wirklich eine Erholung für den Arbeiter bedeutet oder doch nur auf eine freiwillige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hinauskommt. Es muß dabei im einzelnen Arbeiter überlassen bleiben, auf welche Art er sich die Erholung verschafft. Selbstverständlich bietet auch die verfügte durchgehende Arbeitszeit kein Hindernis mehr gegen gewisse dauerliche Auswüchse. Ein Trinker wird wahrscheinlich nach längter Arbeitszeit ebensoviel Alkohol vertragen, wie nach zwölf Stunden. Ebensowenig wird sich ein „Wähler“ davon abhalten lassen, seine freie Zeit noch länger als bisher zu Nebenarbeiten Landwirtschaft, Handel und Industrie „nützbringend“ zu verbringen. Leute, die nach vollendeter 12stündiger Arbeitszeit das übrige verbleibende körperliche Kraft und Gehirnschmalz noch über mehrere Stunden in den Dienst eines Unternehmers stellen, werden sich auch bei der verkürzten durchgehenden Arbeitszeit davon nicht abhalten lassen. Solche Elemente leben einmal in dem Jahre als Arbeitssiere geboren zu sein und auch als solche sterben zu müssen. Zum Glück gibt es von diesen „Arbeitern“ nur wenige. Der größte Teil der Arbeiterschaft weiß seine freie Zeit Interesse seines körperlichen und geistigen Gesundheit nutzbringend zu verwenden, dafür hat die jahrechte lange Aufzuchtarbeit der Arbeiterorganisationen gesorgt.

Maßgebend muß natürlich sein, daß die Arbeiterschaft auch den durchgehenden verkürzten Arbeitszeit einen Verdienst erzielt, der sie nicht zwingt, durch Überstunden und Nebenarbeiten zur ausreichenden Versorgung ihrer Familien beizutragen. Einfliegige Unternehmer haben übrigens auch längst gelernt, daß die Überanstrengung ihrer Arbeitskräfte durch beständigen und Nebenarbeiten keinen Vorteil für das Unternehmen bedeutet. Tatsächlich sind die Arbeiter, die sich durch Verkürzung zahlreicher Überstunden „auszeichnen“, in den wenigsten Fällen während der normalen Arbeitszeit voll leistungsfähig. Wie Leistungsfähigkeit dieser „Arbeitswilligen“ vielfach aussieht, von nur ein besonders frisches Beispiel: Einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges blieb in einer bayerischen Papierfabrik ein Maschinenführer eine Woche auf seinem Posten, weil ein Ablöser während dieser Zeit verreist war. Der gute Mann arbeitete dadurch circa 150 Arbeitsstunden in einer Woche zusammen. In den Unternehmenszeitungen wurde dieser Arbeiter ein Ideal des Arbeiterstandes gefeiert und für sein kräftiges Durchhalten öffentlich belohnt. Nicht mitgeteilt wurde natürlich die Art und Weise, durch die es möglich war, eine Arbeitszeit von dieser Länge auszuhalten. Bei der Nachtschicht wurde Maschine wiederholt mehrere Stunden stillgesetzt und sonst eine ganz langsame Gangart eingestellt. Dadurch war dem Maschinenführer Gelegenheit geboten, in der Auschubküste sofort zu „arbeiten“. Die Aufsicht über die Maschine wurde während dieser Zeit von den Gehilfen mit ausgeübt. Noch eine Tatsache, die allerdings schon bald 15 Jahre zurückliegt: einem Großbetriebe der chemischen Industrie mußte die Zedatkolonne öfters des Rechts Schienen oder Brichen ausweichen. Diese Arbeit wurde dann unter Anspannung aller Kräfte in 3 bis 4 Stunden ausgeführt, in daß dieselbe um 10

spätestens um 11 Uhr erledigt war. Nach Erledigung der Arbeit ging die ganze Kolonne in den Aufenthaltsraum, zog die zu diesem Zwecke ständig bereitliegenden Strohsüde aus dem Spind und pünktlich bis 6 Uhr morgens. Dadurch war es möglich, alle Woche mindestens einmal 36 Stunden „ununterbrochen“ zu arbeiten. Die ausschließlich arbeitenden Personen kannten dieses Arbeitssystem, hatten dagegen aber keine Einwendungen zu erheben, weil die Arbeitskräfte billig waren. Der Anfangslohn betrug ganze 27 Pf. die Stunde. Derartige Fälle ließen sich aus jenen Buden, wo das Überstundentarifgang und gäbe war und teilweise noch ist, zu Hunderten anführen. Einen wirklichen Vorteil aus diesem System hatten weder Arbeiter noch Unternehmer.

Unter solchen Verhältnissen war es kein Wunder, daß besonders die organisierten Arbeiter dieser „durchgehenden“ Arbeitszeit ablehnend gegenüberstanden und auch heute noch gegenüberstehen. Anders fällt das Urteil der Arbeiter über die durchgehende Arbeitszeit da aus, wo die Arbeitszeit auf 8 Stunden und weniger pro Tag verkürzt ist. In diesen Betrieben zieht der größte Teil der Arbeiter die durchgehende Arbeitszeit der geteilten vor. Da die durchgehende Arbeitszeit während der Kriegszeit an Bedeutung gewonnen hat, so werden selbstverständlich auch Stimmen für und wider diese Arbeitsweise laut. Soweit sich von Unternehmenseite Stimmen gegen die durchgehende Arbeitszeit gestellt machen, führen sie in ihrer Mehrzahl auf der zu langen täglichen Arbeitszeit und auf dem sehr berechtigten Einwand über den Mangel an Nahrungs-, Heiz- und Beleuchtungsmitteln. Bei gutem Willen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und bei etwas mehr sozialem Verständnis von Seiten des Staates und der Gemeinden müßten sich auch diese Fragen zugunsten der durchgehenden Arbeitszeit regeln lassen.

### 36 Prozent durch „größte Anspannung aller Kräfte“!

Die Aktionäre der Annendorfer Papierarbeit haben im Geschäftsjahr 1916/17 ein glänzendes Geschäft gemacht. Einschließlich eines Vortrages aus dem Vorjahr in der Höhe von 459 272 Ml. hat das Unternehmen nach Abzug der Abschreibungen im Betrage von 250 238 Mark und der sonstigen Umlöten einen Gewinnüberschuß von 1 581 098 Mark erzielt, woraus die Aktionäre 36 Prozent Dividende erhalten sollen. Der schwergeplagte Russische Staat erhält für die „größte Anspannung seiner Kräfte“ eine Entschädigung von 252 959 Ml. gegen 157 458 Ml. im Vorjahr. Die Kriegsleistungen des Russischen Staats haben demnach eine Höhe bewertet von über 100 000 Ml. erfahren. Aus neuer Rechnung werden 534 139 Ml. in das neue Geschäftsjahr mit hinzugenommen.

Dieses glänzende Ergebnis konnte nach Mitteilungen des Geschäftsberichts nur erzielt werden durch „größte Anspannung aller Kräfte“. Selbstverständlich wurden bei dieser Anspannung die Kräfte der Arbeiter nicht gejagt. Im Drange der Geschäfte wurden aber die Arbeiter bei der Verteilung des Reingewinns ziemlich vergessen; nicht ganz, denn der Bericht verzeichnet 100 000 Ml., die der Unterstützungs- und Rennensfasse zugewiesen wurden. Außerdem wurden noch 50 000 Ml. für eigensicherheitszwecke bereitgestellt.

Die Gesellschaft erzielte aus dem Verkauf ihrer Papierarten im Geschäftsjahr 6 180 104 Ml. gegen 4 587 442 Ml. im Vorjahr; also eine Mehreinnahme von 1 592 562 Ml. Dieser Mehreinnahme steht eine Erhöhung der Fabrikationslohn im Betrage von 1 194 684 Ml. gegenüber, da die Kosten der Fabrikation von 3 556 805 Ml. im Jahre 1915 auf 4 751 489 Ml. im Jahre 1916 gestiegen sind. Trotzdem bleibt dabei der Firma noch der ansehnliche Überschuß von 398 078 Ml. Dieser Überschuß, der in der Hauptzache wohl auf Preiserhöhungen zurückzuführen ist, muß um so höher bewertet werden, als nach den Angaben des Geschäftsberichts die „Fabrikation nur leidlich aufrecht erhalten werden konnte“. Natürlich hat die Firma keinen Kriegswucher mit ihren Erzeugnissen getrieben, sie hat nur die Geschäftskonjunktur ausgenutzt und dabei durch ihre Spinnpapiererzeugung dem Vaterlande wichtige Hilfsdienste geleistet. Vielleicht erinnern die Annendorfer Papierarbeiter ihre Firma daran, daß auch sie bei dieser Hilfsdienstleistung fröhlig mitgewirkt haben und deshalb einen Teil aus dem Überschuß in Form von Lohnserhöhungen beanspruchen können.

### Unfälle in der Papierindustrie.

Am 24. September ereignete sich in der Schröder & Schenck Papierfabrik zu Görlitz in den 50er Jahren sterbende Arbeiter Müller aus Döbeln tödlich. Er wurde beim Schmieren der Papiermaschine von einer Filzleitwelle der Trockenpartie am linken Arm erschlagen und so fest zwischen Walze und Filzstrohauer geslemmt, daß er nur als Leiche aus seiner tödlichen Lage befreit werden konnte.

In der Flüggeschneiderei & Holzstoff-Fabrik im Oertel wurde der etwa 17jährige Sohn des Zimmermeisters Billner aus Goslar, der an der Kreishäfe arbeitete, von einem Stück Holz vor den Leib getroffen. In dem Vereinsraumshaus in Goslar verstarb er an den Folgen schwerer innerer Verletzungen.

### Chemische Industrie

#### Der Segen im dritten Kriegsjahr.

Die Pfälzische Pulverfabrik, A.-G., St. Ingbert, hat im dritten Kriegsjahr rechtlich nachgeholt, was ihr in den beiden ersten nicht so recht gelang: eine starke Steigerung der Gewinne. Das erste Kriegsjahr brachte dem Unternehmen nicht nur seine Steigerung, sondern noch einen, allerdings unerheblichen Rückgang des Reingewinns. Im zweiten Kriegsjahr wurde der durchschnittliche Gewinnsgewinn zwar schon überstiegen, jedoch nicht erheblich; das dritte Kriegsjahr brachte dann über eine sprunghafte Steigerung. Die Dividende schüttete von 8 auf 30 Prozent hin und beanspruchte trotzdem nur die Hälfte des erzielten Gewinns. Der stieg nämlich von 179 875 Ml. im Geschäftsjahr 1915/16 auf 349 622 Ml. im Jahre 1916/17, also rund um das doppelte. Nachstehend stellen wir einige wichtige Zahlen aus dem Bericht für die drei Kriegsjahre und das letzte Friedensjahr nebeneinander.

1913/14	1914/15	1915/16	1916/17
Ml.	Ml.	Ml.	Ml.
Löhne und Gehaltszuschüsse	109 655	56 877	133 033
Abrikreihungen	32 300	29 130	27 019
Gehaltsgewinn (ohne Rettung)	171 392	150 839	179 875
Gehaltsgewinn	22 289	20 271	25 755
Dividende in Mark	90 000	120 000	120 000
Dividende in Prozent	6 Prozent	8 Prozent	30 Prozent
Für Arbeit und Beamte	—	5 000	5 000
			120 000

Die starke Erhöhung des Lohnkontos zeigt, daß der Betrieb im dritten Kriegsjahr erheblich ausgedehnt wurde. Wie der Geschäftsbericht dazu mitteilt, ist der Betrieb in beiden Fabriken der Gesellschaft auf neue Produkte umgestellt. Beide Betriebe sind voll beschäftigt und arbeiten zur Zeit Tag und Nacht. Die Verzeichnung der Abschreibungen wird mit verstärkter Anspruchsnahme der Maschinen begründet. Die Verzeichnung der Ausgaben für Verwaltung und Verwaltungsrat erhält eine besondere Begründung nicht. Wahrscheinlich haben die drei Herren des Aufsichtsrats, die sich in das Sämtliche teilen, ihre Tätigkeit verschafft, womit allerdings nur beweisen wäre, daß sie früher wenig oder nichts geleistet haben; denn eine volkswirtschaftliche Tätigkeit kann niemand um das Geschäftsführer freigeben. Vielleicht wird aber die Tätigkeit für die Steigerung begründend ins Feld gesetzt. Dann stellen wir dem nur den bestehenden Wunsch entgegen, daß die Direktion die Löhne der Arbeiterschaft in ähnlich entgegengesetztem Weise der Tätigkeit angepaßt möge. Beide können die Arbeiter eine erhebliche Steigerung ihrer Löhne sichern. Aus alle Fälle muß sie aber besser, ja sehr oft zuviel auf das Entgegenkommen der Direktion zu verlassen, sondern leicht rechtzeitig ihre Ansprüche geltend zu machen, wobei aber die letzten Anträge durch vollaufhafte Anschlag an ihre gewerkschaftliche Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, gerichtet zu geben.

### Aus Goldschmidts Goldschmiede.

Zu den Unternehmern, die eifrig bestrebt sind, ihrem alten Stile als Organisationsgegner seinen Abbruch zu tun, zählt Herr Kommerzienrat Direktor Karl Goldschmidt in Firma Th. Goldschmidt, A.-G., Essen. Schon vor dem Kriege war Herr Goldschmidt als einer der schlimmsten Gegner der Arbeiterorganisationen bekannt. Das heißt, daß er sich als Mitglied und Vorsitzender der Unternehmerorganisation in Anspruch nahm, suchte er den Arbeitern zu verbieten, wenn nötig mit Gewalt. In seinem Betriebe wurde keine gewerkschaftliche Organisation geduldet. Wer es wagte, dem Verband beizutreten, slog unweigerlich auf die Straße. Wurde eine Versammlung einberufen, dann wurde ein Anschlag am schwarzen Brett angebracht, der handgab, daß derjenige Arbeiter, der in die Versammlung hineingekommen, Tags darauf seine Papiere holen könnte. Es war denn auch gelungen, den Verband so ziemlich aus dem Betriebe herauszuwerfen. Wie heute unter Führung im Stellungskrieg, so ähnlich verschante sich Herr Goldschmidt, um den Ansturm der Organisation abwehren zu können. Ein Sozialsekretär (einen Rechtsanwalt) legte er sich nur zum Zwecke der Organisationsbekämpfung — Verziehung — der Wohlfahrtspflege zu. Mit noch einigen Beamten, die zu ähnlichen Zwecken angestellt waren, war dann das schöne Drahtverhau fertig. Ein Brückenkopf, in Gestalt des gelben Wertbereins, sollte dann die Stellung für den Verband unerreichbar machen.

Als nun der Krieg ausbrach — der Weltkrieg natürlich —, da wurde auch Munition hergestellt, und zwar Munition für die Heeresverwaltung, woran sicherlich die Firma schweres Geld verdient. Zugleich wurde Munition hergestellt, um den „inneren Feind“ zu zerstören, wenn er es wagen sollte, die Stellung Goldschmidts anzugreifen. Diese nun in Gestalt von Kriegslüche, Kartoffellieferungen usw. Die Munition aber, die zweitlos am wichtigsten, wovon Goldschmidt aber absolut kein Freund ist, weil dabei die Firma berappen muß, wurde am meisten vernachlässigt. Nach 2½ Jahren Weltkrieg wurden denn auch bei Goldschmidt noch Löhne gezahlt, die die Belegschaft zwangen, zum Sturm anzusehen. Stundentlöhne von 55 bis 65 Pf. waren die Regel. Für Handwerker ist der höchste Stundentlohn 1,20 Ml.; der Durchschnitt ist kaum eine Mrl. Eine Leistungszulage von 6 Ml. die Woche für verheiratete und 3 Ml. für ledige Leute soll ausreichend sein, um über die schreckliche Leistung hinweg zu kommen. Prämien wurden auch gezahlt. Wenn dann trotz vielen Überstunden für die ungelernten Arbeiter ein Schichlöhne von kaum 8 Ml. herauskommt, so kann jeder sich ungefähr vorstellen, wie hoch diese Prämien sind. Für die legeren Arbeiter wurde kein Anschlag für Überstunden gewährt. Desgleichen erhalten sie für Sonntagsarbeit nur 33½ Prozent, die Handwerker 50 Prozent Zuschlag. Für die Werktagssüberstunden erhalten die Handwerker auch 25 Prozent Zuschlag. Warum die Firma bezüglich der Zuschläge mit zweiter Macht misst, beruht ja wieder auf der bestimmt in Politik, die bei der Firma vorherrschen ist. Die ersten Betriebsversammlungen, die im Frühjahr und Sommer stattfanden, gaben Kunde davon, daß auch jetzt im Betriebe noch ein anderer Wind weht. Einige Zeit bevor diese erhöht werden sollten, waren immer einige Beamte — der Herr Sozialsekretär war immer dabei —, in der Wirtschaft, um als Abstimmungsmittel auf die Arbeiter einzuwirken. Seider gelang es auch teilweise. Direkt bei Besuch der Versammlungen zu verbieten, hinderte das Hilfsdienstgesetz. Endlich drohte in der Arbeiterschaft allmählich die Erkenntnis durch, daß die Firma Goldschmidt stark geworden ist. Die Versammlungen wurden immer besser besucht und dem Verband traten immer mehr neue Mitglieder bei. Die verlegte Versammlung (2. September) gab das Zeichen zur offensiven Gauleiter-Konferenz. Ganz gab ein Bild der Verhältnisse, wie sie bei Goldschmidt liegen. Material hatte er seitens der Arbeiterschaft erhalten. Auch die Lebensmittelverteilung ließ vieles zu wünschen übrig. Als Foll fand dies anfänglich, wurde ihm aus der Versammlung der Kurz: „Wir haben nichts davon gehabt oder nur sehr wenig.“ Da wir nun schon öfters die Erfahrung gemacht haben, daß von den Lebensmitteln die seitens der größeren Firmen zum Verkauf innerhalb des Betriebes herangeholt werden, die Arbeiter oft wenig bekommen, so fiel dem auch hier der Ausdruck: „Vielleicht ist es auch hier wie anderswo, daß die Beamten die Schinken und den Speck erhalten und die Arbeiter, wenn es gut geht, das Fett und die Knochen.“ Trotzdem wir ja nicht verpflichtet waren, den anwesenden Oberingenieur Ludwig zu Wort kommen zu lassen, gaben wir ihm doch Gelegenheit, auf die Ausführungen des Foll Fakt einzugehen. Wer nun dachte, daß dieser Herr tatsächlich reden würde, sah sich gewaltig getäuscht. Ein höchst beleidigender Weise trat er Foll entgegen. Die Lohnfrage, um die es sich bei Goldschmidt in erster Linie drehte, wurde mit einer Handbewegung erledigt. Der Herr bewegte sich dann in einer Weise, die den Unwillen der Versammlung erregte. Wie er dann auch noch den Antrag stellte, die Versammlung sollte darüber abstimmen, ob er im Saale verbleiben könne, da war das Maß voll. Gegen eine Stimme mußte er das Feld räumen. Nach einer darauf folgenden Aussprache wurde eine Kommission von 6 Personen gewählt. Diese sollte dann die Forderungen und Wünsche der Belegschaft mit dem Organisationsvertreter formulieren und einreichen. Nach einigen Tagen wurden dann folgende Anträge eingereicht: Eine Aufbesserung der Stundentlöhne um 25 Prozent; für Überstunden ein Zuschlag von 50 Prozent; für Nacharbeiter ein Zuschlag von 1 Ml. pro Schicht und für Sonntagsarbeit eine Zulage von 50 Prozent. Für Sonntagsarbeit eine Zulage von 50 Prozent. Der Fakturierungsabschluß, der von der Firma erstellt ist und aus den Verhandlungsmitschriften der Kranken- und Behinderten- und des gelben Werkvereins besteht, deßhalb auch das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht bestätigt werden kann. Gleichzeitig wurde bestätigt, daß die Organisation als Vertreter der Arbeiterschaft anzuerkennen.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserm Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß wir Sie als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der in unserem Betriebe befindende Ausschlag kommt als solcher nur in Frage.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und lautete:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und te

